

Zugehörigkeitspolitik – schmutziges Geschäft der politischen Grenzziehung? Eine Fallstudie zum Wiener Gemeindebau

Sieglinde Rosenberger/Julia Mourão Permoser (Wien)

Sieglinde Rosenberger/Julia Mourão Permoser: *Zugehörigkeitspolitik – schmutziges Geschäft der politischen Grenzziehung? Eine Fallstudie zum Wiener Gemeindebau* (S. 431–453)

Zugehörigkeit gewinnt im Kontext von Migration an politischer Brisanz. Welche Zugehörigkeitskonzepte politische Parteien verhandeln und BürgerInnen in Alltagssituationen anwenden, ist Gegenstand dieses Beitrages. Auf der Grundlage von Interviews mit GemeindebaubewohnerInnen und Wahlkampfmaterialien zur Gemeinderatswahl 2010 wird gezeigt, dass Zugehörigkeitspolitik Alltag und Politik verbindet: Politische Problemdeutungen sickern in den Alltag durch, sie werden vor dem Hintergrund erodierender Zugehörigkeitsgefühle in Konfliktsituationen von BürgerInnen re-artikuliert, und politische Parteien reagieren auf gefährdete Zugehörigkeitsgefühle durch die Politisierung bzw. De-Politisierung der »Anderen«. Die Strategie der Ethnisierung ist relevant, allerdings werden ethnisch-nationale Grenzen durch disziplinierende und moralisierende Diskurse durchlässig. Eine Erklärung dafür, warum Anti-Migrationsparteien auch von MigrantInnen wählbar sind.

Schlagworte: Zugehörigkeitspolitik, Wiener Gemeindebau, Gemeinderatswahl, politische Parteien, Ethnisierung, Migrationspolitik

Sieglinde Rosenberger/Julia Mourão Permoser: *Politics of Belonging – Dirty Work of Political Boundary-making? A Case Study on Vienna Social Housing* (pp. 431–453)

In the context of migration, belonging becomes a highly controversial subject of political debate. This article analyzes the concepts of belonging as they are being negotiated by political parties and adopted by citizens in everyday situations. On the basis of interviews with inhabitants of Vienna social housing complexes and electoral materials from the municipal elections of 2010, the article shows how belonging links politics and everyday life: Political understandings of membership trickle-through into the realm of everyday life, where, against the background of eroding feelings of belonging, they are absorbed and re-articulated by citizens in ordinary situations of neighborhood conflicts. Political parties, in turn, react to the weakening of belonging by politicizing and de-politicizing the »other«. One relevant strategy adopted by political and everyday actors is »ethnicization«, but at the same time ethno-national boundaries are also becoming more fluid through the use of disciplining and moralizing discourses. This boundary shift helps to explain why anti-immigration parties are becoming increasingly eligible for persons of migrant origin.

Keywords: Politics of belonging, Vienna social housing, local elections, political parties, ethnicization, migration politics

1. Einleitung

Durch Zuwanderung von Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen brechen in Einwanderungsgesellschaften soziale Übereinkünfte und traditionelle Normierungen auf, werden Imaginationen von nationalen und kulturellen Gemeinsamkeiten irritiert. Während in der nationalstaatlichen Idee territoriale Grenzen mit kulturellen und ethnischen Überzeugungen übereinstimmen, verschwimmen in Einwanderungsgesellschaften diese Grenzen, werden Rechte entnationalisiert, Zugehörigkeitsgefühle fluide und ist Mitgliedschaft politisch wie alltäglich wieder neu zu verhandeln (Bauböck/Rundell 1998, Castles 2007).

Der Soziologe Adrian Favell prognostizierte bereits vor Jahren, dass Zugehörigkeit zu Räumen und Territorien die zentrale postnationale Herausforderung werden würde (Favell 1999, 216). Ebenso sieht Nira Yuval-Davis im Sog ethnischer und religiöser Spannungen die Frage, wer eine Fremde sei und folglich nicht dazugehört, sowohl in als auch zwischen Staaten an Bedeutung gewinnen (Yuval-Davis 2011, 2). In diesen Szenarien wird Zugehörigkeitspolitik, definiert als Aushandlung von Kriterien der symbolischen wie materiellen Mitgliedschaft in einer Gruppe oder politischen Entität, relevant. Allerdings ist Zugehörigkeitspolitik in erster Linie im Besitz rechtspopulistischer, migrationspolitisch restriktiv agierender politischer Parteien (Favell 1999, Anderson/Taylor 2005, Wemyss 2006, Wodak/Krzyzanowski 2009, Gruber 2011). John Crowley bewertet Zugehörigkeitspolitik folglich als »schmutziges Geschäft der Grenzziehung« (Crowley 1999, 30).

Abgesehen also von Studien zum rechtspopulistischen Umgang ist Zugehörigkeitspolitik bisher empirisch wenig untersucht. Dieser Beitrag greift die Problematik auf und interessiert sich für den Zusammenhang von erodierenden Zugehörigkeitsgefühlen und deren Artikulation durch BürgerInnen einerseits und der Mobilisierung von Zugehörigkeit durch politische Parteien andererseits. Zugehörigkeitspolitik wird hier sowohl auf einer Alltags- als auch auf einer parteipolitischen Ebene behandelt und konzeptionell miteinander in Verbindung gebracht. Die zentralen Fragen lauten: Welche Konzeptionen von Zugehörigkeit sind in Alltagssituationen zu identifizieren? Welche verfolgen politische Parteien? Und wie hängen diese politischen wie alltäglichen Konzeptionen zusammen?

Das politische Feld, in dem diesen Fragen nachgegangen wird, ist der Wiener Gemeindebau während des Gemeinderatswahlkampfes im Jahre 2010.¹ In einem politischen Klima der Infragestellung der territorialen wie kulturellen Zugehörigkeit

1 Die Ergebnisse basieren auf einer Fallstudie zum Wiener Gemeindebau, die im Rahmen des WWTF-Projekts *Living Rooms* durchgeführt wurde. Die Feldforschung erfolgte in sechs Gemeindebaukomplexen im fünften Wiener Bezirk in den Jahren 2010 und 2011 im Zusammenhang mit der Wiener Gemeinderatswahl (siehe dazu ausführlich Bettel/Mourão Permoser/Rosenberger 2012).

von Zugewanderten² kommt diesem identitäts- und sozialpolitisch exponierten Ort besonderer Stellenwert zu. Wer rechtlich und faktisch Zugang zu einer Gemeindebauwohnung hat, wer also aufgrund welcher sozialen und aufenthaltsrechtlichen Bedingungen dazu gehört, ist sowohl in der Politik als auch vor Ort ein wiederkehrendes Streitthema (Reinprecht 2007, Nigg 2008). Die Bedeutsamkeit des Gemeindebaus für Zugehörigkeitspolitik wird zudem dadurch unterstrichen, dass in ihm etwa ein Viertel der Bevölkerung Wiens lebt, dass Gemeindebauten multi-ethnische Wohngegenden sind und dass viele BewohnerInnen in prekären ökonomischen Bedingungen leben (IFES 2007).

Der Beitrag verbindet die alltägliche Ebene (des Gemeindebaus), auf der durch eine Reihe struktureller, rechtlicher wie demographischer Veränderungen individuelle Zugehörigkeitsgefühle brüchig geworden sind, mit der parteipolitischen Ebene, auf der Zugehörigkeit mobilisiert und hergestellt wird. Daniel Hopkins hat für die USA untersucht, wie und unter welchen Bedingungen dominante nationale Migrationsdiskurse in die lokale, nachbarschaftliche Ebene durchsickern, d. h. wie sie auf dieser Ebene aufgegriffen und zur Deutung der Nachbarschaftsbeziehungen herangezogen werden (Hopkins 2010, 2011). Auf diesen analytisch-empirischen Überlegungen aufbauend zeigt dieser Beitrag, dass es sich hier um wechselseitige, miteinander verwobene, dynamische Prozesse handelt: Problemdeutungen der politischen Parteien sickern in den Alltag durch, sie werden dort vor dem Hintergrund erodierender Zugehörigkeitsgefühle in Konfliktsituationen von BürgerInnen re-artikuliert, und politische Parteien reagieren dann auf als gefährdet erfahrene Zugehörigkeitsgefühle und geben Zugehörigkeitskonzepten, vor dem Hintergrund bestimmter politischer Rahmenbedingungen, eine modifizierte Bedeutung.

Ausgehend von einer dreigliedrigen analytischen Klassifikation von Mitgliedschaft – ethnisch-kulturell, rechtlich und sozial (Bauböck 1994) – identifiziert dieser Beitrag eine vierte Form von Mitgliedschaft, nämlich die *tugendhafte* bzw. *disziplinierte*. Denn im Untersuchungsfeld des Wahlkampfes 2010 haben die im Gemeindebau stimmenstärksten Parteien SPÖ und FPÖ Grenzen der Zugehörigkeit nicht nur thematisiert, sie haben sie diskursiv verschoben und ein Stück weit neu gezogen. Die FPÖ hat neben den bekannten ethno-nationalen Kriterien für Zugehörigkeit auch Sekundärtugenden (wie Fleiß und Anständigkeit) eingebracht, die es letztlich Menschen anderer Herkunft ermöglichten, sich zugehörig zu fühlen, obwohl sie gleichzeitig als bezeichnete »Ausländer« prinzipiell zur *out-group* gehören würden. Die SPÖ de-politisierte sowohl institutionell als auch diskursiv die ethnisierte Zugehörigkeit, in dem sie das Narrativ des geordneten Zusammenlebens *aller* forcierte und als Kriterium der Zugehörigkeit die Einhaltung der Hausordnung nannte.

2 Dieser Text verwendet den Begriff »Zugewanderte«, außer es handelt sich um ein Originalzitat, einen Verweis auf einen Begriff aus dem Feld oder um eine anders definierte statistische Kategorie. »Zugewanderte« bezeichnet Menschen mit Migrationsgeschichte beziehungsweise Menschen mit ausländischer Herkunft, unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Es handelt sich um keine rechtliche oder soziologische Kategorie, sondern um eine Praxiskategorie.

Bevor wir die empirischen Ergebnisse zur modifizierten Grenzziehung von *in-* und *out-groups* und neuen Begründungsformen der Zugehörigkeit präsentieren, werden im nächsten Kapitel die theoretisch-konzeptionellen Grundlagen skizziert. Im darauf folgenden Abschnitt 3 geben wir Basisinformationen zum Wiener Gemeindebau. Als nächstes widmen wir uns der Alltagsebene und untersuchen die Mobilisierung von Zugehörigkeit in Alltagskonflikten (Kap. 4). In einem weiteren Schritt werden die Politisierungs- und De-Politisierungsstrategien der politischen Parteien in Blick genommen (Kap. 5). Schließlich fassen wir die Ergebnisse zusammen und weisen auf einige interessante Themen für weitere Untersuchungen hin.

2. Theoretisch-konzeptionelle Annäherungen an Zugehörigkeitspolitik

Zugehörigkeit impliziert Gemeinsamkeiten, zumindest Imaginationen von Gemeinsamkeiten, und sie hat individuelle wie kollektive Komponenten. Sabine Strasser definiert Zugehörigkeit als »flexible, wenn auch nicht beliebige Formen von subjektiv erwünschten und anerkannten, individuellen und kollektiven Formen des Fühlens und Handelns« (Strasser 2009, 32). Auch für Kannabiran, Vieten und Yuval-Davis (Kannabiran et al. 2006) liegt die Bedeutung des Konzepts Zugehörigkeit in der Berücksichtigung sowohl formaler Aspekte wie Rechte als auch nicht materieller, subjektiver und emotionaler Elemente. Insgesamt nennt Nira Yuval-Davis (2006, 2011, 12–18) drei Dimensionen von Zugehörigkeit: die Identifikation und emotionelle Verbindung Einzelner mit bestimmten Gruppen oder Gemeinschaften; die gesellschaftliche Positionierung von Einzelnen innerhalb gesellschaftlicher Hierarchien; und ethische und politische Wertesysteme, mit denen Menschen ihre eigene Zugehörigkeit und die Zugehörigkeit anderer bewerten. Diese Dimensionen bilden das intersubjektive und relationale Konzept, in dem sowohl die subjektive Beziehung des Einzelnen zur Gemeinschaft als auch das Verhältnis der Gemeinschaft zum Einzelnen benannt werden kann.

Empirische Studien widmen sich brüchig werdenden subjektiven Zugehörigkeitsgefühlen zu Gruppen oder politischen Räumen. Nach Nelson und Hiemstra (2008) empfinden Personen und Gruppen mit knappen sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen die oft rapiden Veränderungen als Gefährdung, ja als Verlust von Sicherheit und Tradition, sie verbinden mit dem sozialen Wandel nicht zuletzt eine Brüchigkeit von Zugehörigkeit zu vertrauten Orten und Plätzen. Erosionen von Zugehörigkeitsgefühlen aber machen diese politisch instrumentalisierbar. Verteilungsprobleme werden als Folge der Migration kommuniziert, politische Forderungen und Lösungen im Deutungsrahmen des nationalstaatlichen Dazugehörens re-artikuliert (Mammone et al. 2012). Insbesondere (extrem) rechte politische Parteien stellen die Anwesenheit von MigrantInnen in nationalstaatlich definierten Räumen in Frage und mobilisieren mit einem Repertoire, das an bedrohte, verletzte, verloren gegangene Zugehörigkeitsgefühle appelliert.

John Crowley (1999) bezeichnet die Politik, die die Kriterien der symbolischen wie materiellen Mitgliedschaft in einer Gruppe oder politischen Entität verhandelt und

somit die Grenzen für Ein- oder Ausschluss zieht, als Zugehörigkeitspolitik. Als Ergebnis der Aushandlungsprozesse werden Dazugehörende von Nicht-Dazugehörenden unterschieden und entlang dieses binären Schemas Status, Anerkennung, Ressourcen, Rechte und Leistungen vergeben (Geddes/ Favell 1999, Yuval-Davis 2006).

Zugehörigkeitspolitik produziert Differenzordnungen und meist auch »hierarchisierte Zugehörigkeiten« (Wemyss 2006, 228). Hierarchisierte Zugehörigkeiten entstehen über unterschiedliche Grade der Akzeptanz, sie erfolgen über Selbst- und Fremdidentifikation, über Selbst- und Fremdzuschreibungen (Wodak/ Reisigl 2000, 269). Grenzen werden gezogen, indem Gruppen identifiziert und Menschen in diese Gruppen kategorisiert werden. Insbesondere die ethnische Fremdkategorisierung findet auf der Grundlage ungleicher Machtpositionen statt: In der Migrations- und Integrationspolitik erfolgt primär Fremdidentifikation, d. h. Andere werden bezeichnet und erhalten Eigenschaften zugeschrieben, das Eigene bleibt meist unbestimmt. Dabei präsentieren sich politische Parteien meist als Beschützer der ethnisch-national definierten *in-group*, die durch eine bezeichnete *out-group* nicht selten als gefährdet dargestellt wird (Ter Wal 2002).

In sozialwissenschaftlichen Debatten über Zugehörigkeit und Mitgliedschaft zu bzw. in politischen Einheiten werden drei idealtypische Zugehörigkeitsformen diskutiert: die ethno-kulturelle, die rechtliche sowie die soziale Form der Zugehörigkeit (Bauböck 1994). Das *ethno-kulturelle Konzept* von Mitgliedschaft wird über ethnische oder kulturelle Kriterien wie Werte, Religion oder Sprache/ Akzent definiert (Wimmer 2007, 2008). Das *rechtliche Konzept* von Zugehörigkeit definiert die *in-group* als Gemeinschaft der Staatsangehörigen; die Grenzen der Zugehörigkeit fallen mit dem Vorhandensein der legalen Staatsbürgerschaft zusammen (Bosniak 2006). Bei der *sozialen Zugehörigkeit* wird Mitgliedschaft über den permanenten Lebensmittelpunkt etabliert, unabhängig vom rechtlichen Status der Staatsbürgerschaft oder der ethno-nationalen Merkmale. *In-* und *out-groups* werden also durch Präsenz und Teilnahme bestimmt. Die soziale Mitgliedschaft wird insbesondere von AutorInnen des Transnationalismus und Postnationalismus vertreten (Soysal 1994, Benhabib 2004, 2006).

Diese drei Formen von Zugehörigkeit sind nicht statisch, sondern ein Kontinuum, das von einer engeren zu einer breiteren Bestimmung der *in-group* verläuft. Darüber hinaus können die Kriterien des Ein- und Ausschlusses entlang von Rigidität bis Flexibilität bewertet werden. Da ethnische Kriterien kaum Möglichkeiten für die individuelle und politische Gestaltung der Zugehörigkeit erlauben, gelten sie als rigide; soziale bzw. postnationale Kriterien wie Aufenthaltsdauer und gesellschaftliche Integration hingegen sind eher flexibel, durchlässig und sowohl individuell als auch politisch gestaltbar.

Welche Kriterien für Zugehörigkeit, d. h. für die Grenzziehung zwischen *in-* und *out-group*, bzw. welche Begründungen von Mitgliedschaft werden in sozialen Nahbeziehungen bzw. Alltagssituationen herangezogen, welche von politischen Parteien in Wahlkampfauseinandersetzungen? Gibt es in den Deutungen der Erosion der Zugehörigkeitsgefühle und zwischen den Kriterien für alltägliche und parteipolitische Zugehörigkeit Ähnlichkeiten? Und schließlich: Reicht die dreigliedrige Klassifikation

von Mitgliedschaftsformen aus, um parteipolitische Artikulationen von Mitgliedschaft zu erfassen oder sind nicht vielmehr weitere Formen von Mitgliedschaft, zumindest diskursiv, im Entstehen? Auf diese Fragen werden in einer Fallstudie, die in Wiener Gemeindebauanlagen durchgeführt wurde, Antworten gegeben.

3. Fallstudie Wiener Gemeindebau

Für die Entscheidung, den sozialen und politischen Raum Gemeindebau als Fallstudie zur empirischen Untersuchung der Zugehörigkeitspolitik heranzuziehen, sind zwei institutionell-strukturelle Rahmenbedingungen entscheidend: rasche soziale und demographische Veränderungen der Bewohnerschaft und der Gemeindebau als identitäts- und parteipolitisch aufgeladener Raum.

Da der kommunale Wohnbau ursprünglich die sozialpolitische Aufgabe hatte, die Arbeiterschaft mit qualitativem Wohnraum zu versorgen (Reinprecht 2007), war folglich die soziale Bedürftigkeit lange Zeit das bestimmende Zugangskriterium. Diese Bestimmung führte dazu, dass in Gemeindebauanlagen besonders viele Menschen mit niedrigem Einkommen und knappen sozio-ökonomischen Ressourcen leb(t)en (SORA 2007). Daneben ist seit einigen Jahren der Gemeindebau ein Ort großer Fluktuation und beträchtlicher demographischer, multi-ethnischer Veränderungen geworden. Letzteres ist nicht zuletzt mit der wachsenden Zahl von Einbürgerungen sowie mit der durch die Richtlinie 2003/109/EG bedingten Öffnung kommunaler Wohnungen für Drittstaatsangehörige mit langfristiger Aufenthaltsberechtigung zu erklären. Die rechtlichen Bedingungen für den Zugang zu einer Gemeindebauwohnung haben sich also in Richtung Öffnung entwickelt – nicht ein national definiertes, sondern das Konzept *sozialer* Mitgliedschaft kommt zum Tragen.

Der Wiener Gemeindebau ist seit der Gemeinderatswahl 1996 zwischen SPÖ und FPÖ heftig umkämpft (profil 2010). Als Institution des Roten Wiens der 1920er-Jahre präsentierte der Gemeindebau ein wichtiges Stück des sozialdemokratischen, arbeiterzentrierten Gesellschaftsentwurfs (Kalnoky 2010) und gilt gegenwärtig bei FPÖ und ÖVP als Beweis gescheiterter Integration und kultureller Entfremdung (Der Standard 2008). Kurzum, der Gemeindebau ist heute eine Institution, in der und über die Wahlkämpfe ausgetragen werden und in der Polarisierung zwischen Parteien, aber auch sozialen Schichten und nationalen Herkünften erfolgt.

Räumlich umfasst die Fallstudie sechs Gemeindebaukomplexe im fünften Wiener Gemeindebezirk.³ Die Wohnkomplexe sind ausgewählt worden, weil sie multi-ethnische Wohnumgebungen darstellen (siehe Tab. 1) und in politisch-administrativer Hinsicht eigene Einheiten bilden.

3 Reumannhof (450 Wohnungen); Metzleinstaler Hof (252 Wohnungen); Herwegghof (220 Wohnungen); Matteottihof (426 Wohnungen); Julius-Popp-Hof (375 Wohnungen); Theodor-Körner-Hof (1.228 Wohnungen, davon im Matzleinsdorfer Hochhaus 104 Wohnungen).

Die Landesstatistik Wien⁴ weist für die untersuchten Anlagen 6.274 BewohnerInnen aus. Die Information über den Migrationshintergrund bezieht sich ausschließlich auf die erste Generation, d. h. es werden nur Personen mit primärem (außerhalb Österreichs geboren und keine österreichische Staatsbürgerschaft), sekundärem (Geburtsland Österreich, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft) und tertiärem (österreichische Staatsbürgerschaft, aber nicht in Österreich geboren) Migrationshintergrund berücksichtigt. Entsprechend diesen Definitionen weisen 40 Prozent der BewohnerInnen der untersuchten Gemeindebauten Migrationshintergrund auf. Von diesen BewohnerInnen sind 54,74 Prozent eingebürgerte Personen, während die anderen eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen. Insgesamt sind 21,5 Prozent aller BewohnerInnen eingebürgerte Personen.

Tabelle 1: Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit (in ausgewählten Wiener Gemeindebauten; Stand Jänner 2010) (Anteile in Prozent)

	Theodor-Körner-Hof	Reumannhof	Herwegghof und Julius-Popp-Hof	Matteottihof	Metzleinstaler Hof
Staatsangehörigkeit	Österreich	81	85	81	85
	Türkei	5	3	4	4
	Serbien u. Montenegro	5	4	4	5
	Andere Nicht-ÖsterreicherInnen	9	8	11	11
	Kein Migrationshintergrund (beinhaltet auch die zweite Generation)	60	66	58	58

Quelle: Landesstatistik Wien. Die soziodemographischen Daten wurden auf Anfrage von der Landesstatistik Wien auf der Basis des Wiener Bevölkerungsregisters zusammengestellt.

Die Wahlergebnisse für die Gemeinderatswahl 2010, dargestellt für einzelne Wahlsprenkel,⁵ lauten: Mit Ausnahme des Matteottihofes erreichten SPÖ und FPÖ zusammen weit über 80 Prozent der Stimmen, Grüne und ÖVP erhielten jeweils – wieder mit Ausnahme des Matteottihofes – nie zehn Prozent oder mehr. Im Theodor-Körner-Hof

4 Die Landesstatistik Wien verfügt über Angaben zu Alter und Migrationshintergrund der BewohnerInnen sowie zum Wahlverhalten in den ausgewählten Gemeindebauten.

5 Julius-Popp-Hof, Herwegghof und Metzleinstaler Hof bilden einen Sprengel; der Reumannhof ist ein eigener Sprengel und der Matteottihof ist Teil eines Sprengels, in dem die Wahlberechtigten dieses Hofes etwa die Hälfte der gesamten Wahlberechtigten ausmachen. Der Theodor-Körner-Hof verteilt sich auf zwei Wahlsprenkel und enthält andere Gebäude; die Wahlberechtigten, die nicht zu diesem Hof gehören, machen acht Prozent aus.

und im Reumannhof kamen SPÖ und FPÖ zusammen auf fast 90 Prozent. Diese Zahlen unterstreichen, dass tatsächlich nur zwei Parteien am sogenannten Kampf um den Gemeindebau beteiligt waren – SPÖ und FPÖ.

Tabelle 2: Wahlergebnisse der Gemeinderatswahl 2010 (Anteile in Prozent)

	Wien Gesamt*	5. Bezirk**	Reumann- hof***	Julius-Popp- Hof, Herwegghof, Metzleins- taler Hof***	Theodor- Körner- Hof***	Matteotti- hof***
SPÖ	44	45	56	60	57	49
ÖVP	14	13	4	4	4	12
Grüne	13	19	6	8	5	11
FPÖ	26	19	31	25	31	24
BZÖ	1	1	1	1	1	1
KPÖ	1	2	1	1	1	3
LIF	1	1	1	1	1	0

* Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (Magistratsabteilung 62) – Wahlinformationssystem der Stadt Wien, <http://www.wien.gv.at/politik/wahlen/>, abgerufen am 17. März 2012.

** Ebd.

*** Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (Magistratsabteilung 62) – Sprengelergebnisse der Wiener Gemeinderatswahl 2010.

Quelle: Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (Magistratsabteilung 62) – Sprengelergebnisse der Wiener Gemeinderatswahl 2010.

Die Ergebnisse basieren auf einer qualitativen Inhaltsanalyse von Materialien der politischen Parteien (Wahlkampfmaterial zur Gemeinderatswahl 2010 wie Plakate und Folder) sowie der Stadt Wien. Weiters wurden 30 qualitative Interviews mit BewohnerInnen (mehrheitlich BewohnerInnen ohne Migrationshintergrund), 21 ExpertInneninterviews mit VertreterInnen von politisch-administrativen Einrichtungen, Vereinen, NGOs, Parteien, Mieterbeirat sowie teilnehmende Beobachtung bei diversen Veranstaltungen von politischen Parteien sowie der Stadt Wien im Gemeindebau durchgeführt. Die Interviews wurden inhaltsanalytisch ausgewertet.⁶

Das nächste Kapitel widmet sich der subjektiven Seite, konkret den Situationen, in denen Zugehörigkeit in Nachbarschaftsbeziehungen verhandelt wird.

6 Für eine detaillierte Diskussion der Methoden und des Materials sowie eine Liste aller im Rahmen des Projekts durchgeführten Interviews und Gespräche siehe Bettel/Mourão Permoser/Rosenberger (2012).

4. Erodierete Zugehörigkeitsgefühle und ethnisierte Alltagskonflikte

Der Gemeindebau ist ein von Politik durchzogener Raum, in dem Zugehörigkeit tagtäglich verhandelt wird. In nachbarschaftlichen Beziehungen werden Grenzen zwischen *in-* und *out-groups* gezogen bzw. aufgehoben. Die alltäglichen Konflikte und Spannungen werden häufig von politischen Parteien aufgegriffen und zur Mobilisierung verwendet. Gleichzeitig lassen sich in Alltagsdiskursen Aussagen erkennen, die dem Repertoire politischer Parteien entnommen sind. Wie Dirk Lange (2010, 20) bemerkt: »[Der Alltag] lässt sich sowohl als ein Handlungsraum beschreiben, auf den die Politisierung »von oben« einwirkt, als auch einer, in dem sich die Politisierung »von unten« entfaltet.«

Unsere Untersuchung zeigt einerseits, dass Zugehörigkeit im räumlichen Setting des Gemeindebaus beinahe ausschließlich durch eine ethnisch-kulturelle Brille gesehen wird. In Alltagssituationen, insbesondere in Konfliktsituationen, wird Zugehörigkeit der Anderen in kulturalisierter und ethnisierte Weise thematisiert und in Frage gestellt. Das Deutungsschema heißt »Wir-versus-Andere« und die Kriterien sind Kultur, Ethnizität und Staatsangehörigkeit. In Alltagskonflikten werden Veränderungen durch Generationswechsel ebenso wie Konflikte zwischen den Generationen oft als Problem multi-ethnischer Zuwanderung interpretiert. Diese Ethnisierung von Alltagskonflikten geht einher mit erodierenden Zugehörigkeitsgefühlen. Andererseits zeigt unsere Untersuchung auch, dass Menschen die Ethnisierung von Alltagskonflikten zurückweisen. Als Gegenentwurf zur Mobilisierung von Zugehörigkeit wird das Bild einer individualisierten, autonomen Lebensform genannt.

4.1 Erosion von Zugehörigkeitsgefühlen

BewohnerInnen kritisieren den raschen Zuwachs an Zugewanderten und die damit einhergehenden sozialen Veränderungen der nachbarschaftlichen Beziehungen, Kontakte und Netzwerke. Lange im Gemeindebau lebende BewohnerInnen erzählen, dass durch Sprachbarrieren soziale Kontakte verloren gingen, dass frühere Formen enger Nachbarschaft nicht mehr existieren würden, dass die Neuzugezogenen sich nicht integrieren würden (wollen) und so weiter. Bedauert wird, dass nun Sozialbeziehungen fehlen, und zwar nicht nur zwischen Mehrheits- und Minderheitsgruppen, sondern dass insgesamt das Leben im Gemeindebau nicht mehr gemeinschaftlich strukturiert, sondern anonym geworden sei. So beschreibt eine alteingesessene Bewohnerin die sozialen Veränderungen aus einem ethnischen Blickwinkel wie folgt:

»...ich mein, früher (...) man hat geredet, man hat sich unterhalten, ich mein, wie es halt immer war. Und wenn ich Ihnen sage, wie gesagt, also da sind jetzt zwei Personen, oben sind nochmals zwei, also es sind vielleicht zehn Parteien oder elf Parteien und im ganzen Haus gibt es nur mehr ein, zwei, drei, vier Wohnungen, fünf Wohnungen wo Österreicher sind...« (Interview 1).⁷

⁷ Die zitierten Interviews werden am Ende des Artikels aufgelistet. Um die Anonymität der InterviewpartnerInnen zu wahren, werden ihre Namen nicht genannt.

Auch eine andere Bewohnerin bringt die Dynamik sozialer Beziehungen in direkten Zusammenhang mit der Anwesenheit von Menschen mit Migrationsgeschichte. Dass ein Generationswandel stattfindet, wird zwar erkannt, aber dieser Faktor wird in seiner Relevanz für die Störungen in den nachbarschaftlichen Beziehungen vom Faktor Ethnizität überschattet:

»Früher haben sich die Leute auf den Stiegen gekannt, sogar teilweise Geburtstag gemeinsam gefeiert; jetzt nicht mehr. Früher waren alte Leute überall. Jetzt sterben sie und es kommen Neu-Österreicher« (Interview 2).

In Interviews mit Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung taucht immer wieder der Hinweis auf, dass sich aufgrund der großen Zahl an zugewanderten Menschen die ÖsterreicherInnen fremd fühlen oder sie zukünftig Fremde im Gemeindebau sein werden. Folgende Aussage illustriert das Gefühl der bedrohten Zugehörigkeit:

»Also wir haben das Glück, dass da noch kein fremder Zuzug ist und in der Zwischenzeit hat man ja auch schon ein bissl aufgehört, nur Ausländer einzusiedeln, weil man gesehen hat, dass das auch nicht gut tut, wenn die Ausländer, wenn die, also die österreichischen Staatsbürger mit ausländischer Herkunft, wenn die in der Übermacht sind, ist das ja dann kein Ghetto für die, sondern für uns, ja, weil dann sind ja wir sozusagen in der Defensive und können uns nicht mehr helfen« (Interview 3).

Verletzte Zugehörigkeitsgefühle nehmen in den Interviews breiten Raum ein. Sie werden in einen Zusammenhang mit der städtischen Zuteilungspolitik gestellt, die Fremde, ja »AusländerInnen« anstelle von »WienerInnen« in den Gemeindebau brachte. Die Vergabe von Wohnungen an Menschen anderer Herkunft – rechtlich gesehen handelt es sich dabei um österreichische StaatsbürgerInnen oder Zugewanderte mit permanentem Aufenthalt – wird immer wieder unter dem Aspekt des knappen Raums thematisiert (Interview 4).

Vor dem Hintergrund erodierender Zugehörigkeitsgefühle – bei älteren BewohnerInnen zu einem höchst identitätsstiftenden Umfeld – erfolgt die Ethnisierung des *Wir* im Kontrast zu *Anderen*. Diese Brüchigkeit der Zugehörigkeitsgefühle wird insofern deutlich, als nur selten Hinweise auf ein positives Zugehörigkeitsgefühl formuliert werden. Auch fehlen weitgehend Selbstzuschreibungen zu einer Institution oder einer Gruppe (Gemeindebau, Partei, Ethnizität). Gruppenmerkmale, wie das Beherrschen der gleichen Sprache, werden stets als Defizit der Anderen bemängelt. In diesen Äußerungen wird die ethnische Zugehörigkeit zum alleinigen Distinktionsmerkmal. Andere Formen der Differenzierung oder Eigenidentifikation kommen kaum vor. Im Zuge einer abwertenden Fremdzuschreibung erfolgt eine Überhöhung des Selbst, deren Begründung auf einer über Generationen vererbten österreichischen Staatszugehörigkeit beruht.

Früher bedeutete der Einzug in eine Gemeindebauwohnung sozialen Aufstieg (Interviews 5 und 6). Diese Zeiten sind in der Wahrnehmung der alteingesessenen BewohnerInnen vorbei. Sie erfahren heute den Gemeindebau als Ort negativer Reputation, die sich mit jedem Neuzugang weiter verschlechtert (Interview 7). In dieser

Darstellung vermischen sich die Alltagswahrnehmungen mit jenen der politischen Äußerungen, die in Österreich seit Jahrzehnten Migration negativ konnotieren, aber auch den Gemeindebau immer wieder als multi-ethnische Problemzone kommunizieren (Bettel/Mourão Permoser/Rosenberger 2012). Insbesondere hinsichtlich Bedrohungsgefühlen und der Angst vor Fremdheit scheint der die Zugehörigkeit von Anderen in Frage stellende politische Diskurs auch auf die Ebene der GemeindebaubewohnerInnen durchgesickert zu sein.

4.2 Kulturalisierung von Konflikten

Zugehörigkeitskonflikte entstehen insbesondere dann, wenn Selbstverständlichkeiten aufbrechen, Normen erodieren, Sicherheiten und Beziehungen fraglich werden, kurzum, wenn das Gefühl des Dazugehörens bedroht ist bzw. als bedroht wahrgenommen wird. Axel Gronemeyer (2003) führt aus, dass alltägliche Verteilungskonflikte in bestimmten Zusammenhängen ethnisch gedeutet werden, und dass in der Folge Ethnizität selbst zur Ressource und zum Gegenstand eines Verhandlungsprozesses über symbolisches Kapital werde.

Alltagssituationen im Gemeindebau sind geprägt von Disputen zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen, insbesondere zwischen Jungen und Alten, Familien und Einzelpersonen, ja sogar zwischen HundebesitzerInnen und Nicht-HundebesitzerInnen. Bei diesen Spannungen – über die meist Einheimische berichten –, handelt es sich häufig um Lärm- und Geruchsbelästigungen in Wohnungen, Parks oder Stiegenhäusern, um Unordnung und Mist in Höfen und Kellern. Hinter diesen Spannungen steht meist aber auch die Nutzung von privatem und öffentlichem Raum. So ist bei Alteingesessenen immer wieder die Nutzung von Gemeinschaftsräumen wie Waschküchen oder Höfen ein Thema (vgl. auch Nigg 2008). Exemplarisch sei hier ein von der Stadt Wien organisiertes Treffen zur Diskussion über die Nutzung eines Kinderspielplatzes angeführt. Lärm und unerlaubtes Ballspielen waren die Aufreger. Die Beschwerden wurden ethnisch formuliert, die SprecherInnen benutzten Kategorien wie »Leute aus Jugoslawien«, »Schwarzafrikaner«, »Türken«, »Polen«, »Ausländer« und »Ausländerkinder«. Die Gründe für die Konflikte wurden im Verhalten und in der Mentalität verortet und mit den Denkweisen der (nur implizit genannten) Wir-Gruppe kontrastiert. Eine Frau, die sich darüber beschwerte, dass die Eltern den Kleinkindern zu wenig Grenzen setzten, meinte:

»Ich verstehe diese, sag ich jetzt mal so, Südländermentalität. Ich kenne das aus dem Urlaub. Die Leute denken, die Kinder sind alles, die dürfen alles. Und die sind auch laut, und das Leben geht bis in der Nacht und die sind viel draußen bis zehn am Abend. Aber wir müssen um sechs aufstehen! Wir können nicht bis halb elf schlafen und erst dann in die Arbeit!« (Beobachtungsprotokoll 1).

In der Rede über alltägliche Konflikte werden kulturell, national, religiös oder ethnisch markierte Gruppen oder einfach die Gruppe »Ausländer« als Verursacher genannt. Im Zuge der Kategorisierung werden askriptive Merkmale wie Herkunft mit Verhaltensformen – z. B. laut reden, viele Kinder haben, den Kindern wenig Erziehung geben –

verbunden und den Anderen zugeschrieben. Alltagsprobleme sind weniger in unterschiedlichen Lebenssituationen begründet, sondern der Lärm der Kinder wird auf die Herkunft und Kultur der Eltern zurückgeführt.

Auffallend ist, dass die Problematisierung von Zugehörigkeit durch die Ethnisierung von Spannungen mit dem Vorwurf des Regelverstößes in Zusammenhang gebracht wird. Dieser Mechanismus ist bereits im obigen Zitat ersichtlich. Ein weiteres Beispiel bietet eine interviewte Hausmeisterin, die behauptet, das Problem mit den »Neo-Österreichern« sei, dass sie sich nicht an Regeln hielten und Schmutz in den Stiegenhäusern verursachten:

»Die machen alles dreckig und räumen nichts weg, wie sie es zu Hause gewöhnt sind, dort wo sie herkommen« (Interview 2).

»AusländerInnen« verursachen Konflikte, weil sie sich nicht an die Regeln halten, was wiederum durch ihren ethnischen oder kulturellen Hintergrund erklärbar ist – so die Argumentationslinie. Auch laut einer Studie der Stadt Wien sind Lärmbelästigungen und andere Verstöße gegen die Hausordnung die häufigsten Konflikthemen im interethnischen Kontext (IFES 2007, 11).

4.3 Individualisierung als Alternative zu Zugehörigkeit

Während manche BewohnerInnen auf die Erosion von Zugehörigkeit mit der Kulturalisierung von Konflikten reagieren, lehnen andere BewohnerInnen *in-* und *out-groups* konstruierende Diskurse aktiv ab. Es handelt sich hier vornehmlich um jüngere BewohnerInnen, für die der Gemeindebau nie eine hohe identitäts- oder zugehörigkeitsstiftende Kraft besaß. Die Politisierung von Zugehörigkeit im Zusammenhang mit Migration findet bei diesen MieterInnen kein Interesse.

Widerrede gegen die Ethnisierung haben wir wiederholt beobachtet. Als Illustration wird hier ein Zitat herangezogen, das auf anschauliche Art und Weise Ethnisierung ablehnt. So äußerte ein jüngerer Bewohner eine sehr dezidierte Meinung zum Thema Ausländerfeindlichkeit:

»Weil die (Anmerkung: rechte Parteien) wahnsinnig sind. (...) Also mit welcher Polemik die da arbeiten, find ich einfach nicht leiwand, und mit welchen Mitteln, das ist furchtbar, das ist total gschissen. Ich merk mir nur: Ausländer raus! Ich kann mir das gar nicht anders merken, wie die da ihre Inhalte transportieren und das find ich sehr kurzsichtig und blöd und völlig borniert« (Interview 8).

Parallel zur aktiven Ablehnung der Politisierung von Zugehörigkeit gibt es auch Menschen, die sich von der Markierung des Ortes Gemeindebau distanzieren, indem sie die Bedeutung von Ethnizität und die Existenz ethnischer Konflikte hinterfragen. Diese BewohnerInnen äußern die Meinung, dass das Leben im Gemeindebau gut sei und stimmen der medialen und politischen Inszenierung des Gemeindebaus als einem Ort der Desintegration und der Prekarität nicht zu. Stattdessen betonen sie die Zufriedenheit mit ihrer von kultureller Diversität geprägten Wohnumgebung

(Interview 9). Alltagskonflikte sind für diese BewohnerInnen etwas, das in jeder Nachbarschaft passieren kann, und nichts mit Ethnizität zu tun hat:

»...ich mein, sie tun ja nichts im Gemeindebau, sie verhalten sich ja wie jeder andere auch und dann sollen's auch da leben. Ich mein, sicher gibt's Gemeindebauten, oder Ausländer – genauso wie es Inländer gibt – die stören, oder die provozieren. Aber die hat man in jedem Land, und die wird man auch leider nicht eines Besseren belehren können, weil die einfach so sind...« (Interview 9).

Oft wird De-Ethnisierung auch mit dem Hinweis auf eine individuelle Lebensform, die nicht an Vergemeinschaftung interessiert sei, verbunden. Im Gegensatz zu denen, die einer Gemeinschaft nachtrauern, fühlen sich diese BewohnerInnen in einer Gesellschaft wohl, die durch Anonymität und Autonomie charakterisiert ist. So meinte eine Bewohnerin:

»Bei mir gibt es schon Fluktuation, aber ich weiß nichts über sie. Ich kenne ein paar im Haus, grüße sie, aber mehr ist nicht drinnen. Ich wohne in einer Großstadt und ich schätze die Anonymität, die die Großstadt bietet« (Interview 10).

Das Fehlen einer nachbarschaftlichen Gemeinschaft bzw. eines dichten Netzes an nachbarschaftlichen Beziehungen bedeutet für diese BewohnerInnen auch Freiheit oder einfach Normalität in einer modernen Großstadt. Diese Menschen wollen nicht unbedingt Beziehungen mit den NachbarInnen oder mit sonst jemandem alleine aufgrund der räumlichen Nähe, sie lehnen das Konzept Zugehörigkeit ab, sie sind vielmehr IndividualistInnen und verweigern Zugehörigkeit zu einem Kollektiv.

4.4 Zusammenfassung: National-kulturelle Form der Zugehörigkeit

In der Erzählung über Alltagskonflikte und veränderte soziale Beziehungen wird Zugehörigkeit in erster Linie ethnisch-kulturell bzw. national-kulturell definiert. Das Faktum der österreichischen Staatsbürgerschaft ist in diesem Zusammenhang nebensächlich, es geht um Zuschreibungen und Bezeichnungen wie »Ausländer«, ungeachtet der rechtlichen Staatszugehörigkeit. Oft wird die diskursive Grenze der Zugehörigkeit entlang der sichtbaren Differenz gezogen. Diese wird an der Sprache (Akzent und Lautstärke), Hautfarbe und Familienstrukturen beobachtet. Immer wieder wird auch das Tragen des muslimischen Kopftuches als fremd, die Trägerin folglich als nicht zum Gemeindebau zugehörig bezeichnet.

Angesichts der sozialen und sich rapide ändernden demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung erfahren Alteingesessene ihre Zugehörigkeit zum Gemeindebau als brüchig. Für jene, die »Ausländer« als Problem empfinden, ist der Gemeindebau kein Platz mehr, an dem sie sich zuhause fühlen, kein Platz mehr, der Anerkennung verleiht. Für lange im Gemeindebau Lebende wird die eigene nationale Zugehörigkeit zur symbolischen Ressource, die Abgrenzung möglich macht, die Differenzierung und Distinktion realisiert, die hierarchisierte Zugehörigkeit zum Ausdruck bringt.

Zugehörigkeit wird politisiert, wenn sie in einer bestimmten Art und Weise als gefährdet empfunden wird bzw. als gefährdet gilt (Yuval-Davis 2011, 10). Angst und

Bedrohung sind wichtige Momente im Prozess der Politisierung und Mobilisierung von Zugehörigkeit (Furedi 2005, Hopkins 2011). Die obigen Ausführungen haben starke Hinweise auf eine Erosion der Zugehörigkeitsgefühle und auf die Ethnisierung von Alltagskonflikten gegeben. Andererseits haben sie auch gezeigt, dass die Erosion von Zugehörigkeitsgefühlen nicht immer mit Ethnisierung einhergeht. Es werden durchaus auch Gegen-Diskurse geäußert, die Ausländerfeindlichkeit verurteilen, die ethnisierte Deutung von Nachbarschaftskonflikten in Frage stellen, und Individualisierung statt Zugehörigkeit befürworten.

Im nächsten Kapitel widmen wir uns der Politisierung von Zugehörigkeit durch politische Parteien und fragen nach den Ähnlichkeiten und Abweichungen in den Grenzziehungen sowie nach (neuen) Formen der Zugehörigkeit.

5. Politisierungsstrategien der Zugehörigkeit

Pieter de Wilde (2007, 21–23) definiert den Begriff »Politisierung« als einen Prozess, der aus drei in Wechselbeziehung stehenden Elementen besteht: a) Erhöhte Bedeutsamkeit und Resonanz des Themas in der Öffentlichkeit, b) Polarisierung von unterschiedlichen Meinungen und Positionen, die den politischen Wettbewerb strukturieren, und c) Intensivierung der Debatte und der Forderungen nach Veränderungen. De-Politisierung bedeutet folglich, die politische Relevanz einer bestimmten Position zu verhindern oder diese zu minimieren (Hay 2007, 82–87). Mit Blick auf Zugehörigkeit umfasst De-Politisierung konkret Aussagen und Strategien, die eine Politisierung von bestimmten Gruppen verhindern oder diese Gruppen aus der öffentlichen Deliberation nehmen und gegebenenfalls eine differente, alternative Problem- und Lösungsperspektive formulieren. Im Folgenden werden wir die Politisierungs- und De-Politisierungsstrategien der in Bezug auf den Gemeindebau dominanten Parteien, SPÖ und FPÖ, identifizieren und sie hinsichtlich der unterstellten Zugehörigkeitskonzepte analysieren.

5.1 FPÖ – von der ethnisch-kulturellen zur tugendhaften Zugehörigkeit

Die FPÖ politisiert Zugehörigkeit in mehrfacher Hinsicht, nämlich als Gefühl der brüchigen Zugehörigkeit zum Gemeindebau sowie zur national definierten Gemeinschaft »Österreich« bzw. »Wien« und als Verteilungsfrage von Wohnraum. Genauer gesagt: Wohnraumknappheit wird diskursiv mit erodierenden Zugehörigkeitsgefühlen verbunden.

Während des Gemeinderatswahlkampfes im Jahr 2010 problematisierte die FPÖ die Ausdehnung der sozialen Rechte der MigrantInnen (wie Wohnen in kommunalen Anlagen). Die Tatsache, dass die FPÖ im Jahr 2003 für die Umsetzung der *Richtlinie 2003/109/EG*, mit der die Öffnung des Gemeindebaus für Drittstaatsangehörige eingeleitet wurde, stimmte, war vergessen. Jetzt sollten die Grenzen wieder enger gezogen und das Recht auf Gemeindewohnungen auf StaatsbürgerInnen eingeschränkt werden. Diese Forderung wird mit der schleichenden Entwicklung untermauert, wonach im Gemeindebau die WienerInnen zur Minderheit werden würden.

Diese rhetorische Mobilisierung von gefährdeten Zugehörigkeitsgefühlen im Zusammenhang mit sozialpolitischen Leistungseinschränkungen für Zugewanderte ist in Wahlkampfmaterialien prominent vertreten. Exemplarisch wollen wir folgendes Zitat vorstellen:

»Häupl und Faymann (Anmerkung: Wiener Bürgermeister und Bundeskanzler) haben den Gemeindebau für Ausländer geöffnet. Die FPÖ macht den Gemeindebau wieder lebenswert für die Wiener... Die eigene Bevölkerung wird nicht zur Minderheit im Gemeindebau. Nur Staatsbürger haben Anspruch auf eine Gemeindeförderung«
(Folder »Unwahrheiten«).

Auch auf dem Wien-weiten Plakat »Wiener Blut« (*»...zu viel ist, wenn die SPÖ den Gemeindebau für Zuwanderer öffnet, während Wiener Familien ewig auf Wohnungen warten müssen...«*) wird die Wohnraumknappheit für Wiener Familien direkt mit Zuwanderung verknüpft, der Gemeindebau als Verteilungsproblem über die Frage, wer Zugang zu kommunalem Wohnraum haben sollte, kommuniziert. Über das Thema Wohnraumknappheit wird Zugehörigkeit als Infragestellung der Anwesenheit von MigrantInnen in Gemeindebauten politisiert.

Neben der Verknüpfung von Zuwanderung mit Raum und Ressourcen wird sie mit abzulehnender Fremdheit assoziiert. Dazu wird auf den Islam verwiesen. Der Islam wird im Gegensatz zu »Heimat« und »Wiener Blut« gesetzt. Dazu eine Textstelle des bereits erwähnten Plakats:

»...zu viel ist, wenn die Kreuze aus unseren Schulklassen entfernt werden und der Nikolaus aus den Kindergärten verbannt werden soll, um die religiösen Gefühle Andersgläubiger nicht zu verletzen: zu viel ist, wenn Islamvertreter für jedes Bundesland den Bau einer Moschee samt Minarett verlangen;...« (Plakat »Wiener Blut«).

Die Kategorisierungen der binären Gruppen »Wir«/»die Anderen« beruhen auf einer ethnisch-kulturellen Auffassung von Zugehörigkeit. Der Slogan »Wiener Blut« rekurriert auf Ethnizität als Zugehörigkeitskriterium. Vermischt mit kulturellen Elementen entsteht die Botschaft, dass der Islam nicht Teil des »Wiener Blutes«, sondern fremd ist.

Es stellt sich nun die Frage, welche Form der Mitgliedschaft in dieser Politisierung der Zuwanderung steckt? Welche Personengruppen gehören zur *in-* und welche zur *out-group*? In den Wahlkampfmaterialien wird die *in-group* mit Signifikationskategorien wie »Österreicher«, »Staatsbürger«, aber auch »Wiener« gebildet. Es wird der Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft als Kriterium für die Grenzziehungen zwischen jenen, die dazugehören, d. h. Anspruch auf eine Wohnung im Gemeindebau haben, und jenen, die nicht dazugehören, d. h. keinen Anspruch auf eine Wohnung im Gemeindebau haben, genannt.

Die FPÖ-Position rekurriert über das Instrument der Staatszugehörigkeit auf eine *rechtliche* Konzeption von Zugehörigkeit. Zugehörig sind StaatsbürgerInnen. Mit dieser Kategorisierung wird eine Abgrenzung vorgenommen und doch gleichzeitig ein inkludierendes Angebot für eingebürgerte MigrantInnen gemacht. Eingebürgerte und

folglich mit Wahlrecht ausgestattete StaatsbürgerInnen dürfen sich als zugehörig angesprochen fühlen.

An dieser Stelle möchten wir auf die ehemals eher offensive Einbürgerungspolitik in Wien verweisen. Ein Vergleich der Einbürgerungszahlen pro Bundesland zeigt, dass die Einbürgerungsrate in Wien zwischen 1991 und 1999 durchgehend deutlich über jener der anderen Bundesländer lag, vor allem zwischen 1991 und 1995 (Statistik Austria 2012).

Tatsächlich ist die Kategorie »Staatsbürger« zur Bildung der *in-group* inkludierender als die an anderen Stellen verwendete Kategorie »Ausländer«. Denn »Ausländer« sind im Diskurs der FPÖ keine rechtlich definierte Gruppe (jene, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen), sondern eine ethnisch-kulturell gefasste.

»Zuwanderer« werden aber im oben genannten Folder den Muslimen, die Minarette für wichtig erachten, gegenübergestellt; Muslime werden zur *out-group*, d. h. im Gegensatz zu »Österreichern« und »Zuwanderern« platziert. Die Grenzziehung zwischen *in-* und *out-group*, zwischen Wir und Anderen, zwischen Einheimischen/ Alteingesessenen und Zugewanderten verläuft also keineswegs nur entlang von Ethnizität und Staatsbürgerschaft. Es sind die Sekundärtugenden, die zum Kriterium für Dazugehören oder Nicht-Dazugehören werden.

»Wahr ist, die FPÖ verteidigt gut integrierte und tüchtige Zuwanderer genauso wie Österreicher vor Bedrohungen. Sie alle wollen keine Moscheen samt Minaretten, keinen Islamismus und keine schwarzen Schafe, die nur unseren Sozialstaat ausnützen«
(Folder »Unwahrheiten«).

Die Aussage »die FPÖ verteidigt gut integrierte und tüchtige Zuwanderer genauso wie Österreicher vor Bedrohungen« stellt den Begriff »Zuwanderer« auf die gleiche Ebene wie »Österreicher«. Die Implikation ist, dass Zuwanderer zwar keine »Österreicher« sind, dass sie allerdings unter bestimmten Bedingungen gleich wie »Österreicher« zu behandeln wären. Die Grenzziehungen verlaufen hier entlang eines moralischen Diskurses, der »tüchtige« und »gut integrierte« Zuwanderer zur *in-group* macht und sie im selben Atemzug als Gegenpol zu Muslimen und EmpfängerInnen von sozialen Leistungen konstruiert.

Auffällig ist der Widerspruch, dass im Folder »Unwahrheiten« einerseits »tüchtige Zuwanderer« als *in-group* konstruiert werden, sie aber andererseits hinsichtlich des Zugangs zum Gemeindebau zur *out-group* gemacht werden; laut Folder sollte das Wohnen im Gemeindebau ein exklusives Recht von österreichischen StaatsbürgerInnen sein. Dieser Widerspruch legt die Interpretation nahe, dass die Kategorien »Zuwanderer« und »Staatsbürger« nicht primär und ausschließlich als rechtliche Kategorien zu lesen sind, sondern dass sie zwischen rechtlichen und ethnisch-kulturellen bzw. disziplinär-moralischen schwanken.

Die unbestimmte Kategorisierung erlaubt es, dass gewisse WählerInnen die *in-group* als erweitert wahrnehmen, ohne dass andere WählerInnen die *out-group* als verkleinert erfahren. So dürfen sich »Österreicher« nach wie vor einer prioritären Behandlung gegenüber Zugewanderten sicher sein, gleichzeitig können sich Zugewan-

derte als *in-group* identifizieren, wenn sie sich zu den Tüchtigen und gut Integrierten zählen. Diese Möglichkeit variierender Selbst- und Fremdidentifikationen macht die FPÖ als Partei auch für Zugewanderte attraktiv. Ihre rhetorische Strategie stößt auf wohlwollende Resonanz, wie folgende Zitate aus Interviews mit BewohnerInnen mit Migrationshintergrund illustrieren:

»Ich finde, ich höre viel Schlechtes von ihm (Anmerkung: Wiener FPÖ-Obmann H. C. Strache), aber ich finde ihn nicht schlecht, weil ich habe ihn im Fernseher gesehen und gehört, was er spricht. Er ist auch für gute Leute. Viele Ausländer sagen, er ist gegen Ausländer, aber ich habe es so verstanden, und ich denke, er denkt auch so, für gute Ausländer, er hat auch nichts dagegen. Er hat auch immer gesagt, die Leute, die sich anpassen und normal leben und arbeiten in Österreich, stören ihn auch nicht. Ich denke und ich habe das so gehört, aber viele Ausländer denken, er ist gegen alle Ausländer. Ich weiß, das stimmt nicht« (Interview 11).

Hier wird deutlich, dass manche im Gemeindebau lebende ZuwanderInnen den ausgrenzenden »Ausländerdiskurs« der FPÖ nicht auf sich beziehen, vielmehr auf bestimmte AusländerInnengruppen, insbesondere auf kriminelle oder andere in den Augen der Betrachterin als »nicht integriert« zu klassifizierende Zugewanderte. Dazu ein weiterer Interviewausschnitt:

»Man sagt, dass die (Anmerkung: FPÖ) gegen Ausländer sind, aber so viel ich weiß, die sind gegen diese Ausländer, die so kriminelle Sachen machen und so. Nicht normale, so wie wir. Deswegen hab ich nicht so einen Hass gegen die. Die wollen ja auch was Gutes für Österreich machen« (Interview 12).

Resümierend ist festzuhalten, dass die FPÖ das Szenario der Bedrohung von Zugehörigkeit unterstreicht bzw. darauf zurückgreift. Was die inhaltliche Definition von Zugehörigkeit betrifft, erfolgen askriptive Zuschreibungen für *out-groups* und diese sind teils mit Aussagen wie »tüchtige Ausländer« kombiniert. Die Grenzen werden nicht (nur) aufgrund von Kriterien, die mit einer Migrationsgeschichte verbunden sind, gezogen, sondern es werden auch Verhaltensbewertungen angeführt. Diese Verschiebung der Grenzziehung von einer ethnisch-kulturellen zu einer sekundärtugendhaften erlaubt es der FPÖ, auch zugewanderte Menschen für sich zu mobilisieren.

5.2 SPÖ – disziplinierte Zugehörigkeit durch Regeln für alle

Wie agiert die SPÖ vor dem Hintergrund der ethnisierten Zugehörigkeit im Gemeindebaualltag sowie den von der FPÖ politisierten Kriterien der Zugehörigkeit? Die Antwort: Die SPÖ bzw. die Wiener Stadtverwaltung versuchen, die ethnisch-kulturelle Form der Zugehörigkeit zu de-politisieren, indem sie eine neue, auf Regeln des geordneten Zusammenlebens basierende, »disziplinierte« Form der Mitgliedschaft forcieren.

Der Umgang der SPÖ mit der ethnisierten Politisierung von Zugehörigkeit findet nicht innerhalb des ethnisierten Zugehörigkeitsparadigmas statt, sondern der Fokus wurde weg von Knappheit und Fremdheit hin zu geregelten Nachbarschaftsbeziehungen gelegt:

»Mir geht's um klare Regeln für das Zusammenleben... Ein Herzstück meiner Wiener Politik ist es daher, beim Zusammenleben auf das Einhalten von Spielregeln, auf Respekt und Rücksichtnahme zu achten... Im täglichen Miteinander ist es notwendig, dass sich alle an klare Spielregeln halten und sich in Wien zu unseren Werten bekennen«
(Folder »Zusammenleben«).

Es wird auf alltägliche Bedrohungsszenarien und den Verlust der Zugehörigkeitsgefühle insofern reagiert, als die ethnisierte Zugehörigkeit de-politisiert wird. Mit Begriffen wie »Miteinander« und »Zusammenleben« werden vordergründig nicht *in-* und *out-*groups hergestellt, sondern *alle/jede/r* ist angesprochen – alle bzw. jede/r haben bzw. hat sich an die Regeln zu halten. Allerdings: Wer sich nicht an die Regeln hält, ist *out*.

Um ein rücksichtsvolles Zusammenleben zu unterstützen, werden im Gemeindebau aufgewachsene Prominente, wie etwa Fußballer (vgl. Plakat »Fair Play – gemeinsame Spielregeln für ein gutes Zusammenleben«), als Botschafter des guten Zusammenlebens eingesetzt. Die Botschaft, die mit diesen Identifikationsfiguren gesendet wird, ist Gleichheit als soziale und ethnische Unterschiedslosigkeit und für alle MieterInnen gelten die gleichen Regeln – wie im Fußball sind Fouls nicht willkommen.

Begleitet ist das Narrativ »Zusammenleben« von Maßnahmen, die ein geordnetes, ein an Regeln orientiertes Zusammenleben in Gemeindebauten, in öffentlichen Räumen, ja in der gesamten Stadt, propagieren. Dazu zählen die Hausordnung und Kontrollmaßnahmen bis hin zur Installierung von Überwachungskameras in den Wohnanlagen. Die SPÖ wirbt damit, dass »Hunderte Ordnungskräfte« für die Einhaltung der Hausordnung zuständig seien (Folder »Zusammenleben«). Ordnung im Zusammenleben ist das Generalthema, das über Hausordnung, Gartenordnung, Regeln für Gemeinschaftsräume, Regeln gegen bestimmte Formen der Müllentsorgung, gegen Lärmbelästigung, gegen Graffiti, gegen freilaufende Hunde und spielende Kinder im Hof und in Grünanlagen kommuniziert wird. Dabei wurden sowohl von der einen als auch von der anderen Gruppe berichtete Regelverstöße in die Hausordnung aufgenommen (Bettel/Mourão Permoser/Rosenberger 2012).

Die Anlehnung an eine postnationale Konzeption von Zugehörigkeit, die sich an alle in Wien lebenden Menschen richtet, widerspiegelt sich auch in Aussagen über die Verteilung von Ressourcen und die gesellschaftliche Teilnahme. So steht im Positionspapier der SPÖ:

»Der Zugang zu sozialen Leistungen unserer Stadt und Gesellschaft gilt für alle. Jede/r muss aber zur Gemeinschaft und zum Erhalt der sozialen Sicherheit für alle beitragen«
(Positionspapier »Wiener Positionen zum Zusammenleben«).

Ohne konkrete Forderungen etwa zur Erweiterung von politischen Rechten für Nicht-StaatsbürgerInnen zu machen, zeigt sich die SPÖ aber bei den Überlegungen zur sozialen Teilhabe inklusiv. »Alle Bevölkerungsgruppen« sollen sowohl Zugang zu sozialen Leistungen haben und »sich in der Politik engagieren und Verantwortung übernehmen« können. An anderen Stellen des Positionspapiers werden die »deutsche Sprache«, eine »typische Wiener Lebensart« und Grundwerte der westlich-liberalen Tradition wie »Demokratie, Rechtsstaat, Trennung von Staat und Religion, Gewaltfreiheit,

gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Gleichheit von Frauen und Männern« genannt. Mit dem Verweis auf die »typische Wiener Lebensart« und die Beherrschung der deutschen Sprache werden zwei kulturelle Elemente in den SPÖ-Diskurs eingeführt.

Nach der Gemeinderatswahl 2010 fand der Topos »Zusammenleben« eine Fortsetzung in der Kampagne »respektvolles Zusammenleben in Vielfalt«, im Zuge derer eine »Wiener Charta des Zusammenlebens« erarbeitet wurde. Laut Regierungsabkommen der rot-grünen Stadtregierung werden in der Wiener Charta die »zentralen Wertvorstellungen unserer Gesellschaft und die Spielregeln für ein gutes Zusammenleben in Wien« formuliert (vgl. Regierungsprogramm). In der Projektbeschreibung der Wiener Charta heißt es: »Es geht um alle, denn Zusammenleben geht uns alle an«. Wieder wird ein Verweis auf ein umfassendes *alle* gemacht, wobei *alle* ein kulturell und ethnisch vielfältiges Dasein einschließt. Diese inklusive Rhetorik findet sich auch in der im November 2012 präsentierten Endfassung (Wiener Charta). Mit dieser Herangehensweise des »Zusammenlebens in Vielfalt« sollen nationale wie ethnische Spaltungen de-politisiert und strittige, ethnisierte oder kulturalisierte Alltagsangelegenheiten umgedeutet und aufgelöst werden – kurzum, mit dieser Strategie wird versucht, ethnisierte Zugehörigkeit zu de-politisieren und eine neue Form der verregelten Zugehörigkeit zu etablieren.

6. Zusammenfassung

In diesem Beitrag wurde Zugehörigkeitspolitik, von John Crowley (1999) als schmutziges Geschäft der Ziehung und Aufrechterhaltung von Grenzen zwischen *in-* und *out-groups* bezeichnet, im Kontext von sowohl nachbarschaftlichen als auch parteipolitischen Artikulationen analysiert. Die auf Interviews und der Analyse von Wahlmaterialien basierende Fallstudie ist im sozio-ökonomisch brisanten und ethnisch diversen Umfeld des Wiener Gemeindebaus angesiedelt.

Der analytische Zugang zum Thema Zugehörigkeit erlaubt zwei zentrale Forschungsergebnisse: *Erstens* konnte der Zusammenhang zwischen erodierenden Zugehörigkeitsgefühlen und parteipolitischer Zugehörigkeitspolitik empirisch nachgewiesen werden. Die individuelle Artikulation bedrohter Zugehörigkeitsgefühle greift auf Elemente der migrationspolitischen Debatte der Parteien zurück. In der Situation als bedroht erfahrener Zugehörigkeitsgefühle werden diese durch politische Parteien mobilisierbar. Ein Diskursfragment, das diese Verbindung zwischen Alltag und politischer Mobilisierung unterstreicht, ist die Angst, zur Minderheit zu werden. *Zweitens* konnten, ausgehend von der konzeptionellen Unterscheidung von ethno-kultureller, rechtlicher und sozialer Mitgliedschaft, empirische Einblicke in Formen diskursiver Konstruktionen von *in-* und *out-groups* gewonnen und gleichzeitig gezeigt werden, dass die in der Literatur vorgestellten Formen der Zugehörigkeit um die »tugendhafte« und »disziplinierte« Form der Zugehörigkeit zu erweitern sind.

Auf der Alltagsebene werden die Grenzen der Zugehörigkeit vor allem durch Kultur und Ethnizität gezogen. Die Benutzung des Begriffs »Neo-Österreicher« durch einige BewohnerInnen macht deutlich, dass die Staatsbürgerschaft alleine nicht aus-

reicht, um als Teil der *in-group* gesehen zu werden. Andere Formen der Zugehörigkeit – wie die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse oder zum Gemeindebau – tauchen in den Gesprächen kaum auf. Eine Ausnahme bilden Generationskonflikte, die allerdings erst dann an Bedeutung gewinnen, wenn sie in Zusammenhang mit Ethnizität gebracht werden. Aber selbst Regelverstöße im Zusammenleben werden oft in einen ethnisierten Deutungsrahmen gestellt. Dabei vermischen sich auf der Alltagsebene Einflüsse der nationalen Migrationsdiskurse (FPÖ) mit dem Diskurs des Zusammenlebens durch Regeln (SPÖ). Die politischen Parteien SPÖ und FPÖ greifen hingegen auf medial präsente Alltagserfahrungen, die sich (auch) als bedrohte Zugehörigkeitsgefühle zusammenfassen lassen, zurück und politisieren bzw. de-politisieren die ethnisch gezogenen Grenzen der Zugehörigkeit. Interessant ist, dass selbst für die FPÖ die ethnisch-kulturelle Ausprägung von Mitgliedschaft mittlerweile nur mehr *eine* Form der Mitgliedschaft ist. Obwohl die rechtliche Ausweitung der Grenzen der Zugehörigkeit von der FPÖ stark kritisiert wird, wird diese nicht nur ethnisierend politisiert. Es werden starre ethnische Grenzen verschoben, um auch Zugewanderte in den Diskurs zu integrieren – das Kriterium der Tüchtigkeit ermöglicht es, zwischen »guten« Zugewanderten und »schlechten« Zugewanderten zu unterscheiden. Ethnisch gezogene Grenzen werden durch die Heranziehung von Sekundärtugenden fluide, es entsteht eine tugendhafte Mitgliedschaft der »ausländischen« Bevölkerung.

Die SPÖ reagiert auf die kulturelle Diversität im Gemeindebau und die Politisierung der ethnisierten Zugehörigkeit mit dem Narrativ »Zusammenleben« und der Reglementierung nachbarschaftlicher Sozialbeziehungen. Maßnahmen wie die Verbreitung der Hausordnungen oder Dialogangebote richten sich sowohl an die österreichische Mehrheits- als auch an die ethnisch-diverse Minderheitsgesellschaft, sowohl an Alteingesessene als auch an Neuzugezogene. Regeln des Zusammenlebens als Kriterien für Zugehörigkeit ersetzen Ethnizität und Kultur als Kriterien für Gemeinschaft. Die SPÖ vermeidet Mechanismen der Herstellung von ethnisierten *in-* und *out-groups* und der Mobilisierung von ethnischen Zugehörigkeitsgefühlen. Räumliche Zugehörigkeit wird über den diskursiven Topos »Regeln für alle« hergestellt. Die Form der Mitgliedschaft darf als »disziplinierte« bezeichnet werden.

Dieser Beitrag unterstreicht die Bedeutsamkeit von Zugehörigkeitspolitik im Kontext von internationaler Migration sowohl auf der alltäglichen als auch auf der Parteebene – und zwar unter zwei Rahmenbedingungen, nämlich der Erosion von Zugehörigkeitsgefühlen durch Deprivation und rasche Veränderungen im sozialen, nachbarschaftlichen Umfeld sowie der langjährigen politischen Infragestellung der Zugehörigkeit von Zugewanderten. Diese Studie kann allerdings keine Antwort zur Relevanz von Zugehörigkeitspolitik in Milieus geben, in denen vorwiegend Menschen mit hohem Einkommen leben. Auch der Aspekt der Intersektionalität, das heißt, die Interaktion unterschiedlicher Differenzachsen (Geschlecht, Ethnizität, sozio-ökonomischer Status, sexuelle Orientierung etc.), wurde hier nicht explizit behandelt. Offen für weitere Untersuchungen bleibt folglich der Einfluss unterschiedlicher, intersektionaler Strukturkategorien auf die Politisierung und Mobilisierung von Zugehörigkeit.

Literatur

- Anderson, Kay/Taylor, Africa (2005) *Exclusionary Politics and the Question of National Belonging: Australian Ethnicities in ›Multiscalar‹ Focus*. In: *Ethnicities*, Nr. 4, 460–485.
- Bauböck, Rainer (1994) *Transnational Citizenship: Membership and Rights in International Migration*. Cheltenham.
- Bauböck, Rainer/Rundell, John (eds.) (1998) *Blurred Boundaries: Migration, Ethnicity, Citizenship*. Aldershot.
- Benhabib, Seyla (2004) *The Rights of Others: Aliens, Residents and Citizens*. Cambridge.
- Benhabib, Seyla (2006) *Another Cosmopolitanism* (Berkeley Tanner Lecture Series). New York.
- Bettel, Florian/Mourão Permoser, Julia/Rosenberger, Sieglinde (HgInnen) (2012) *Living Rooms: Politik der Zugehörigkeit im Wiener Gemeindebau*. Wien.
- Bosniak, Linda (2006) *The Citizen and the Alien: Dilemmas of Contemporary Membership*. Princeton.
- Castles, Stephen (2007) *Nation and Empire: Hierarchies of Citizenship in the New Global Order*. In: Bertossi, Christophe (ed.) *European Anti-Discrimination and the Politics of Citizenship: Britain and France*. Houndsmills, 17–40.
- Crowley, John (1999) *The Politics of Belonging: Some Theoretical Considerations*. In: Geddes, Andrew/Favell, Adrian (eds.) *The Politics of Belonging: Migrants and Minorities in Contemporary Europe*. Aldershot, 15–41.
- Favell, Adrian (1999) *To Belong or not to Belong: The Postnational Question*. In: Geddes, Andrew/Favell, Adrian (eds.) *The Politics of Belonging: Migrants and Minorities in Contemporary Europe*. Aldershot, 209–223.
- Furedi, Frank (2005) *Politics of Fear. Beyond Left and Right*. London.
- Geddes, Andrew/Favell, Adrian (eds.) (1999) *The Politics of Belonging: Migrants and Minorities in Contemporary Europe*. Aldershot.
- Groenemeyer, Axel (2003) *Kulturelle Differenz, ethnische Identität und die Ethnisierung von Alltagskonflikten. Ein Überblick sozialwissenschaftlicher Thematisierungen*. In: Groenemeyer, Axel (Hg.) *Die Ethnisierung von Alltagskonflikten*. Opladen, 11–46.
- Gruber, Oliver (2011) *Zwischen Ideologie und Strategie. Migration und Integration im Wandel elektoraler Politisierung*. In: Dahlvik, Julia u. a. (HgInnen) *Migration und Integration: Wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich*. Wien, 127–142.
- Hay, Colin (2007) *Why we Hate Politics*. Cambridge.
- Hopkins, Daniel J. (2010) *Politicized Places: Explaining Where and When Immigrants Provoke Local Opposition*. In: *American Political Science Review*, Nr. 1, 40–60.
- Hopkins, Daniel J. (2011) *National Debates, Local Responses: The Origins of Local Concern about Immigration in Britain and the United States*. In: *British Journal of Political Science*, Nr. 3, 499–524.
- IFES (Institut für Empirische Sozialforschung) (2007) *Lebensqualität im Wiener Gemeindebau*. Wien: Stadt Wien – Wiener Wohnen.
- Kalnoky, Stefan (2010) *Ringstraße des Proletariats? Zum Wandel der Sozialstruktur der BewohnerInnen fünf ausgewählter Gemeindebauten im Kontext der Wiener Stadtentwicklung des 20. Jahrhunderts*. Universität Wien. Wien.
- Kannabiran, Kalpana et al. (2006) *Introduction*. In: *Patterns of Prejudice*, Nr. 3, 189–195.
- Lange, Dirk (2010) *Politik im Alltag. Überlegungen zu Grundbegriffen der Politischen Bildungs- und Politischen Kulturforschung*. In: Klee, Andreas (Hg.) *Politische Kommunikation im städtischen Raum am Beispiel Graffiti*. Wiesbaden, 9–24.
- Mammone, Andrea et al. (eds.) (2012) *Mapping the Extreme Right in Contemporary Europe: From Local to Transnational*. London.
- Nelson, Lise/Hiemstra, Nancy (2008) *Latino Immigrants and the Renegotiation of Place and Belonging in Small Town America*. In: *Social and Cultural Geography*, Nr. 3, 319–342.
- Nigg, Rosemarie (2008) *Soziale Körper in Transformation: Eine empirische Untersuchung über Integration von ZuwanderInnen und Nachbarschaft in Wiener Gemeindebauten*. Saarbrücken.
- Reinprecht, Christoph (2007) *Social Housing in Austria*. In: Whitehead, Christina/Scanlon, Kathleen (eds.) *Social Housing in Europe*. London, 35–43.
- SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2007) *Zu- und Abwanderung im Wiener Gemeindebau*. Wien.

- Soysal, Yasemin (1994) *Limits of Citizenship: Migrants and Postnational Membership in Europe*. Chicago.
- Strasser, Sabine (2009) *Bewegte Zugehörigkeiten: Nationale Spannungen, Transnationale Praktiken und Transversale Politik*. Wien.
- Ter Wal, Jessika (2002) *Anti-Foreigner Campaigns of the Austrian Freedom Party and Italian Northern League*. In: Wodak, Ruth/Pelinka, Anton (eds.) *The Haider Phenomenon in Austria*. New Brunswick, 157–178.
- Wemys, Georgie (2006) *The Power to Tolerate: Contests over Britishness and Belonging in East London*. In: *Patterns of Prejudice*, Nr. 3, 215–236.
- Wilde, Pieter de (2007) *Politicisation of European Integration: Bringing the Process into Focus*. ARENA Working Paper. Oslo.
- Wimmer, Andreas (2007) *How (not) to Think about Ethnicity in Immigrant Societies: A Boundary Making Perspective*. COMPAS Working Paper. Oxford.
- Wimmer, Andreas (2008) *Elementary Strategies of Ethnic Boundary Making*. In: *Ethnic and Racial Studies*, Nr. 6, 1025–1055.
- Wodak, Ruth/Krzyzanowski, Michał (2009) *The Politics of Exclusion: Debating Migration in Austria*. London.
- Wodak, Ruth/Reisigl, Martin (2000) *»Austria First«. A Discourse-historical Analysis of the Austrian »Anti-foreigner-petition« in 1992 and 1993*. In: Reisigl, Martin/Wodak, Ruth (eds.) *The Semiotics of Racism: Approaches in Critical Discourse Analysis*. Vienna, 269–304.
- Yuval-Davis, Nira (2006) *Belonging and the Politics of Belonging*. In: *Patterns of Prejudice*, Nr. 3, 197–214.
- Yuval-Davis, Nira (2011) *The Politics of Belonging: Intersectional Contestations*. London.
- Plakat »Unwahrheiten«. Wiener Gemeinderatswahlkampf 2010. FPÖ Wien.
- Plakat »Wiener Blut«. Wiener Gemeinderatswahlkampf 2010. FPÖ Wien.
- Positionspapier »Wiener Positionen zum Zusammenleben«. SPÖ Wien, verfügbar unter: http://www.wien.spoe.at/sites/default/files/Wiener_Positionen.pdf (zuletzt abgerufen 6. 7. 2012).
- profil (2010) *Wo der Sozialismus wohnt* (27. 10. 2010).
- Projektbeschreibung der Wiener Charta. SPÖ Wien, verfügbar unter: <https://charta.wien.gv.at/start/charta/das-projekt-im-uberblick/projekt/> (zuletzt abgerufen 6. 7. 2012).
- Regierungsprogramm »Gemeinsame Wege für Wien: Das rot-grüne Regierungsübereinkommen«, November 2010. SPÖ Wien und Grüne Wien, verfügbar unter: http://wien.gruene.at/uploads/regierungsuebereinkommen_gruen-rot.pdf (zuletzt abgerufen 6. 7. 2012).
- Statistik Austria (2011) *Migration und Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren 2011*, verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/2/index.html?id=2&listid=2&detail=621 (zuletzt abgerufen 7. 7. 2011).
- Statistik Austria (2012) *Eingebürgerte Personen und Einbürgerungsrate seit 1991 nach Bundesländern*, verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/einbuengerungen/index.html (zuletzt abgerufen 28. 6. 2012).
- Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (Magistratsabteilung 62) – Wahlinformationssystem der Stadt Wien. *Gesamtergebnis der Wiener Gemeinderatswahl 2010*, verfügbar unter: <http://www.wien.gv.at/politik/wahlen/> (abgerufen am 17. März 2012).
- Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (Magistratsabteilung 62) – Wahlinformationssystem der Stadt Wien. *Sprengelergebnisse der Wiener Gemeinderatswahl 2010*, verfügbar unter: <http://www.wien.gv.at/politik/wahlen/> (abgerufen am 17. März 2012).
- Wiener Charta. Der Text der Wiener Charta wurde im Jahr 2012 von den Wienerinnen und Wienern erarbeitet und am 27. November 2012 präsentiert, verfügbar unter: <https://charta.wien.gv.at/start/charta/die-wiener-charta-2/> (zuletzt abgerufen 27. 8. 2013).

Medienberichte, Wahlmaterialien, Statistiken und Internetadressen

- Der Standard (2008) *Integration im Gemeindebau »gescheitert«* (11. 8. 2008).
- Folder »Zusammenleben«. Wiener Gemeinderatswahlkampf 2010. SPÖ Wien.
- Plakat »Fair Play – gemeinsame Spielregeln für ein gutes Zusammenleben«. Wiener Gemeinderatswahlkampf 2010. SPÖ Wien.

Interviews

Interview 1: 73-jährige Frau, Pensionistin,
Julius-Popp-Hof, wohnt alleine, 12. 11. 2010.

Interview 2: 60–70-jährige Frau, Hausmeisterin im
Theodor-Körner-Hof, 29. 10. 2010.

Interview 3: 55-jährige Frau, Unternehmerin,
Reumannhof, wohnt alleine, 14. 4. 2011.

Interview 4: 25-jährige Frau, Studentin,
Theodor-Körner-Hof, wohnt mit ihrem Freund,
17. 11. 2010.

Interview 5: 63-jähriger Mann, Pensionist,
Julius-Popp-Hof, wohnt mit Ehefrau, 11. 1. 2011.

Interview 6: 85-jährige Frau, Pensionistin,
Matzleinsdorfer Hochhaus, wohnt alleine,
13. 4. 2011.

Interview 7: 45-jähriger Mann, Frühpensionist,
Eiselsberghof, wohnt alleine, 10. 3. 2011.

Beobachtungsprotokoll 1: BewohnerInnen des
Matteotihofes über die Benutzung des
Kleinkinderspielplatzes, 13. 7. 2010.

Interview 8: 27-jähriger Mann, Arbeiter,
Eiselsberghof, wohnt zu dritt in einer WG,
28. 3. 2011.

Interview 9: 30-jähriger Mann, arbeitslos,
Reumannhof, wohnt alleine, 14. 4. 2011.

Interview 10: 34-jährige Frau, Studentin,
Eiselsberghof, wohnt mit Ehemann (Gespräch
mit einer Gruppe von sieben Alteingesessenen),
21. 5. 2011.

Interview 11: 52-jährige Frau, Reinigungskraft,
Theodor-Körner Hof, wohnt alleine, 13. 10. 2010.

Interview 12: 30-jähriger Mann, arbeitslos,
Theodor-Körner-Hof, wohnt alleine, 18. 11. 2010.

Kontakt:

sieglinde.rosenberger@univie.ac.at

julia.mourão.permoser@univie.ac.at